

# Wilsdruffer Tageblatt

Rationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich außer an den Feiertagen. Preis: 10 Pfennig. Ein Jahrgang 300 Pfennig. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstamts Tetsch, Finanzamts Meissen.

Nr. 286 84. Jahrgang.

Telegr.-Abt.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Donnerstag 10. Dezember 1925

## Schacht für schnelle Hilfe.

Hast wie ein Hohn klingt es, daß französische, der Regierung nachstehende Blätter erklären, Frankreich werde das besetzte Gebiet schneller räumen, wenn die deutschen Zahlungen in schnellerem und vor allem größerem Maßstabe erfolgen. Wir wissen ja selbst kaum, wie wir uns über Wasser halten sollen. In Berlin hat die Zahl der Arbeitslosen die Hunderttausend schon überschritten; das bedeutet die mindestens doppelte oder dreifache Anzahl von Personen, die auf öffentliche Unterstützung angewiesen ist. Vielleicht sogar noch viel mehr, da zahlreiche Angehörige die öffentlichen Arbeitsnachweise gar nicht aufsuchen. Im Westen ist es gerade so. Allein im Polizeidistrikt Bochum-Selkenkirchen—Herne, im Kern des Industriegebietes, werden 61 000 Personen aus öffentlichen Mitteln unterhalten; das bedeutet nichts anderes, als daß jeder neunte Einwohner auf diese Unterstützung angewiesen ist. Und in Berlin selbst munkelt man, daß die ganze Leipziger Straße bankrott sei, also eine der größten Geschäftstraßen Berlins. Man — Spotte! — Wer bis Weihnachten seinen Konkurs noch nicht angemeldet hat, hat es bloß deswegen nicht getan, weil er nicht weiß, daß er pleite ist.“ Firmen von Wert sind mit Namen genannt und — man glaubt alles. Auch das Unwahrscheinliche.

Eine gewisse Erleichterung kann es bedeuten, daß Reichsbankpräsident Dr. Schacht bekanntlich die Kreditrückhaltung der Reichsbank etwas mildern wird, worüber er sich jetzt wieder in einer längeren Rede in Stuttgart ausführlich äußerte. Wenn er dabei davon ausging, daß der Kredit, den die Reichsbank gewährt wolle, nicht bloß ein Realkredit sei, also auf die vorhandenen Sachwerte gegründet werde, sondern nicht weniger auch ein Personalkredit, der dem Zutrauen zu der Persönlichkeit des Unternehmers entspringt, so dürfte eine derartige Unterscheidung jetzt, in der Zeit der Aktiengesellschaften, nur in recht kleinem Maßstab durchführbar sein.

Man hört es gern, daß Dr. Schacht erklären konnte, die Reichsbank sei geselligter als vor drei Monaten und könne daher zu einer Lockerung der Kreditrationierung schreiten. Vielleicht kann man es auch billigen, daß man nicht zu einer Herabsetzung des Bankdiskontes schritt, obwohl man damit eine Herabsetzung des allgemeinen Zinsfußes zum mindesten eingeleitet hätte. Bemerkenswert ist die Schärfe, mit der Dr. Schacht sich gegen die Tendenzen gewisser parlamentarischer Körperschaften wandte, die „der franken und notleidenden Wirtschaft sozialpolitische und andere Aufgaben aufzulegen, für die die Gelder beim besten Willen nicht vorhanden sind“. Böllig richtig ist es von ihm, daß er auch ein nicht minder scharfes Wort gegen die anschwelende Bürokratisierung, also die Überspannung der kommunalpolitischen und staatlichen Aufgaben fand. Es wird eben bei uns viel zu viel „regiert“.

Auf der anderen Seite aber ist es nicht Pflicht des Staates, nun jedem Unternehmen zu helfen, es unter allen Umständen durchzubringen, sei es auch innerlich noch so hoch und — überflüssig. Volkswirtschaftlich liegt gar kein Gewinn darin, es ist vielmehr ein schwerer Fehler. Man begründet das dann immer damit, daß bei Stilllegung eines solchen Betriebes viele Arbeiter brotlos werden. Richtig, aber woher soll der Staat die Nischenmittel nehmen, allen diesen Werken zu helfen? Er würde sich auf eine ebenso wirtschaftlich wie psychologisch völlig falsche Bahn begeben, auf eine schiefe Ebene, auf der es dann kein Halten mehr gibt. Vor allem muß die Selbsthilfe der Wirtschaft das Wesentliche tun; darum begrüßt Dr. Schacht die jetzt ja schon weit sich ausdehnenden Zusammenschlüsse zwecks Produktionskostensparnis. Erwähnt mag werden, daß z. B. das Kalifundikat allmählich rund 150 Schächte stillgelegt hat; nur noch 68, aber die wirklich rentablen, weiterarbeiten läßt.

Die deutschen wirtschaftlichen Schwierigkeiten — und damit kam Dr. Schacht auf sein Lieblingsstemma — haben einen guten Teil ihres Ursprungs in der staatlichen und damit auch zollpolitischen Zersplitterung Europas, wo mancher Staat seine eigene nationale Industrie überhaupt erst aufbauen wollte. Das aber sei jetzt eine Unmöglichkeit von größter Kostspieligkeit. Nur ein wirtschaftlich geeinigtes Gesamt Europa könne unserm Erdteil wieder die Produktionsstellung verschaffen, die er vor dem Kriege in der Welt gehabt hat. Die Verflechtung der handelspolitischen und produktions-technischen, aber auch der kreditpolitischen Beziehungen ist derart stark, daß das wirtschaftliche Wohlergehen aller notwendig ist, nicht etwa nur einzelner; denn letzteres ist gar nicht mehr möglich.

Darum sprach Dr. Schacht auch ein ernstes Wort über die Durchsührung des Dawes-Planes, die nur möglich sei angesichts seiner unerhörten und aufgebürdeten Lasten, wenn Deutschland einen neuen wirtschaftlichen Wohlergehen zugeführt wird. Schacht warnt vor Pessimismus; aber unsere Lage sei derart, daß Pläne auf weite Sicht nichts mehr nützen, sondern schnell geholfen werden muß.

## In der Schwebe.

Verhandlungen über die „Große Koalition“. Obwohl anhaltende Beratungen und Konferenzen in Berlin die Zeit der führenden politischen Männer in An-

## Abrüstung und Versailler Vertrag.

### Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz.

Noch englisch-französische Meinungsverschiedenheiten.

Das Generalsekretariat des Völkerbundes hat eine Mitteilung über den Abschluß der Arbeiten des Ratiskomitees für Abrüstungsfragen herausgegeben. Wie diesem Bericht, der auch von Pressevertretern erbetert wurde, zu entnehmen ist, ist über das Verfahren zur Einberufung der fünftägigen Abrüstungskonferenz eine vollständige Einigung erzielt worden. Die Vorarbeiten werden Aufgabe eines besonderen Ausschusses von 15 bis 18 Mitgliedern sein, die von ihren Regierungen mit Vorschlägen ausgestattet werden. Auch Nichtmitgliedstaaten des Völkerbundes, darunter die Vereinigten Staaten, Rußland und vor allem Deutschland, werden zur Entsendung von Vertretern in den Einzelausschuss eingeladen werden. Dem vorbereitenden Komitee werden zwei Kommissionen, eine militärische und eine wirtschaftliche, zur Seite gegeben.

Wenn die Einigung über die eingeschlagene Methode mühelos herbeigeführt wurde, so läßt sich daselbe nicht von dem Programm sagen. Zwei Fragen sind es, die insbesondere den Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England bilden. Von diesen beiden Fragen betrifft die erste das Ausmaß der wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung, die sofort nach Ausbruch eines Konfliktes einzusetzen soll, damit verhindert werde, daß ein abgerüstetes Land von einem anderen Staate geschlagen wird, der auch entschlossen ist, aber dank seiner industriellen Hilfsquellen in wenigen Wochen eine Armee wieder aufstellen kann. Die zweite Frage bezieht sich auf die Festlegung der militärischen Unterstützungsmaßnahmen.

### Auch Rußland will abrüsten.

Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz ist eine Rede von Interesse, in der der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Rykow, auf einer Parteikonferenz des Gouvernements Moskau die Stellung Rußlands zur Abrüstungsfrage festlegte. Rykow betonte hierbei den unveränderlich friedfertigen Charakter der Sowjetrepublik und erinnerte daran, daß die Sowjetrepublik als erste in Genewa die Abrüstung vorschlug. Rußland wird im Falle einer allgemeinen Abrüstung sofort damit einverstanden sein, seine Armee aufzulösen und seine gesamte Kriegsindustrie zu vernichten. Rußland unterstützt jede Initiative zu wirklicher Abrüstung und wird mit allem Nachdruck für die Einschränkung der Rüstungen eintreten.

### Keine Wohnungsbeschlagnahme mehr.

Kriegsrat in Paris.

Der Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen hat, wie offiziell gemeldet wird, dem Generalbefehligen der Reichsvermögensverwaltung beim Militärten Oberkommando in Mainz mitgeteilt, daß er für den französischen Besatzungsabschnitt den Befehl erläßt

1925 nehmen, ist die Regierungsbildung bis zur Stunde noch nicht um einen Schritt weitergekommen. An der Erklärung des Reichspräsidenten von Hindenburg ist allerdings nicht mehr zu denken, daß er angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieses Winters die Bildung der sogenannten Großen Koalition für wünschenswert erachte, sofern sich hierfür ein gemeinsames Arbeitsprogramm erreichen ließe.“ Denn diese Erklärung wurde amtlich bekanntgegeben. Aber dennoch scheinen innerhalb der für die Entscheidung dieser Frage in Betracht kommenden Parteien, der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie, sich noch starke Widerstände bemerkbar zu machen, deren vollständige Hintwegräumung Schwierigkeiten bereitet.

Dienstag tagte den ganzen Tag über der Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei. Jedoch wurde bekanntgegeben, erst Mittwoch werde die Reichstagsfraktion endgültigen Beschluß fassen. Auf der anderen Seite hat zwar die Deutsche Volkspartei ihre grundsätzliche Geneigtheit bekundet, an der „Großen Koalition“ — Sozialdemokratie bis Volkspartei — teilzunehmen. Doch sollen innerhalb der Partei lebhafteste Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, ob es möglich sei, den angeblich weitgehenden Forderungen in bezug auf das wirtschaftliche und politische Programm beizustimmen, welches die Sozialdemokratie für ihren Eintritt in die Regierung aufstellen wollte. Erst Donnerstag wird die Deutsche Volkspartei wahrscheinlich zur Klärung gelangen. Für Mittwoch haben mittlerweile die Vorsitzenden der demokratischen Reichstagsfraktion und der Zentrumsfraktion, die Abgeordneten Dr. Koch und Marx, die Führer der anderen, für eine Große Koalition in Betracht kommenden Parteien, also der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung, zu einer gemeinsamen Besprechung eingeladen, die in der Hauptache

hat, bis zum 1. April kommenden Jahres von jeder Neuansforderung von Räumlichkeiten abzusehen. Die Reichsvermögensverwaltung in Koblenz ist angewiesen worden, auch bei der britischen und belgischen Armee auf den Erlaß eines gleichen Beschlusses hinzuwirken.

In Paris tagte unter Vorsitz Briands ein Kriegsrat, an dem Kriegsminister Painlevé, Marschall Foch, Marschall Pétain, der Oberkommandierende der Besatzungstruppen im Rheinland, General Guillaumat, der Generalstabchef, General Debened, General Desider, sowie der Generalsekretär Verhelot und Ministerialdirektor Paroché teilnahmen. In dieser Besprechung sind, wie Briand am Schluß der Sitzung erklärte, Probleme militärischer Art erörtert worden: Militärdienst, Umgruppierung der Besatzungstruppen infolge der Räumung der Kölner Zone, sowie die Lage in Syrien und Marokko.

### Gegen die Kriegeschuldfrage.

Für Abänderung des Versailler Vertrages.

Eine Anzahl von hervorragenden englischen Gelehrten, Gelehrten und Schriftstellern hat eine Petition veröffentlicht, die für eine Abänderung von zwei Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles eintritt. Die Petition weist darauf hin, daß in der gegenwärtigen Zeit der allgemeinen Versöhnung, die durch den deutsch-französischen Pakt und die Aussicht eines baldigen Eintritts Deutschlands in den Völkerbund eingeleitet wurde, zwei Bestimmungen im Versailler Vertrag, die an sich unbedeutend, aber für Deutschland besonders verhängnisvoll sind und nach Ansicht der Unterzeichneten schwer zu rechtfertigen sind, fallen gelassen werden.

Diese beiden Punkte beziehen sich einmal auf Artikel 231, der den Ursprung des Krieges einfach „auf den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten“ zurückführt, und Artikel 227—230, die sich gegen Vergehen gegen „internationale Moralität und Heiligkeit von Verträgen“ oder „die Verletzung der Geseze und Bräuche des Krieges“ richten. Die Petition fährt fort: „Wir sind der Ansicht, daß diese Artikel mit Gewalt einer geschlagenen Nation unter den fürchterlichsten Drohungen aufzuerlegt wurden. Die Verfassung, die die alliierten und assoziierten Mächte damit zum Ausdruck brachten, ist jetzt zum größten Teil verschwunden. Wir sind der Ansicht, daß die Artikel offensichtlich ungerecht sind und ein erstes Hindernis für internationales Einvernehmen bilden. Daher fordern wir die Regierung dringend auf, entweder diese Artikel ohne weiteren Versuch abzuändern, oder, wenn sich eine Abänderung des Vertrages als ein zu langwieriges und unständliches Verfahren erweisen sollte, ausdrücklich ihre Absicht zu bekunden, diese Bestimmungen unberücksichtigt zu lassen.“

Unter den zahlreichen hervorragenden Persönlichkeiten, die diese Petition unterzeichnet haben, befinden sich u. a. Professoren der Universitäten Cambridge, Oxford, Manchester, Birmingham, Wales, Leeds, London und Liverpool, die Schriftsteller Arnold Bennett, Bernard Shaw, ferner der Bischof von Birmingham, der Bischof von Bristol, der Bischof Gore, Professor Keynes, der Bischof von Manchester, Professor Gilbert Murray und Revision.

dazu dienen soll, die Grundlagen eines Arbeitsprogramms festzustellen. Diese gemeinsame Besprechung der Fraktionsführer soll erfolgen, ehe die Fraktionen selbst zu ihren entscheidenden Beratungen zusammentreten.

So ist im Augenblick noch alles in der Schwebe und es gewinnt tatsächlich den Anschein, als ob der Reichspräsident nicht vor Freitag sich in der Lage sehen wird, den Auftrag zur Kabinettbildung an die geeignet erscheinende Persönlichkeit zu erteilen. Einweilen wird die Berufung des bisherigen Reichskanzlers Dr. Luther immer noch als sicher angesehen. Sonstige Namen für die Besetzung der Ministerposten, die verbreitet werden, beruhen auf einfacher Kombination, obwohl an dem Reueintritt z. B. Dr. Stresemann wohl kaum zu zweifeln ist.

### 14 000 Kilometer Eisenbahnstrecke.

Die Moskauer internationale Eisenbahnkonferenz. In Moskau wurde die internationale Eisenbahnkonferenz, deren Aufgabe die Einrichtung eines durchgehenden Verkehrs zwischen Westeuropa und Ostasien über Rußland bildet, in Anwesenheit von Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Japans, Letlands, Estlands, Litauens und Polens eröffnet. Die geplante direkte Strecke ist mit einer Länge von über 14 000 Kilometer die größte der Welt. Die Reisedauer Tokio—Paris wird ungefähr 14 Tage betragen.

In ihrer ersten Sitzung erörterte die Konferenz die Frage der Einigung zwischen Mittel- und Osteuropa. Die Vertreter Deutschlands und Letlands schlugen Riga vor, die polnischen Vertreter Warschau. Die Frage wurde einer Kommission überwiesen.